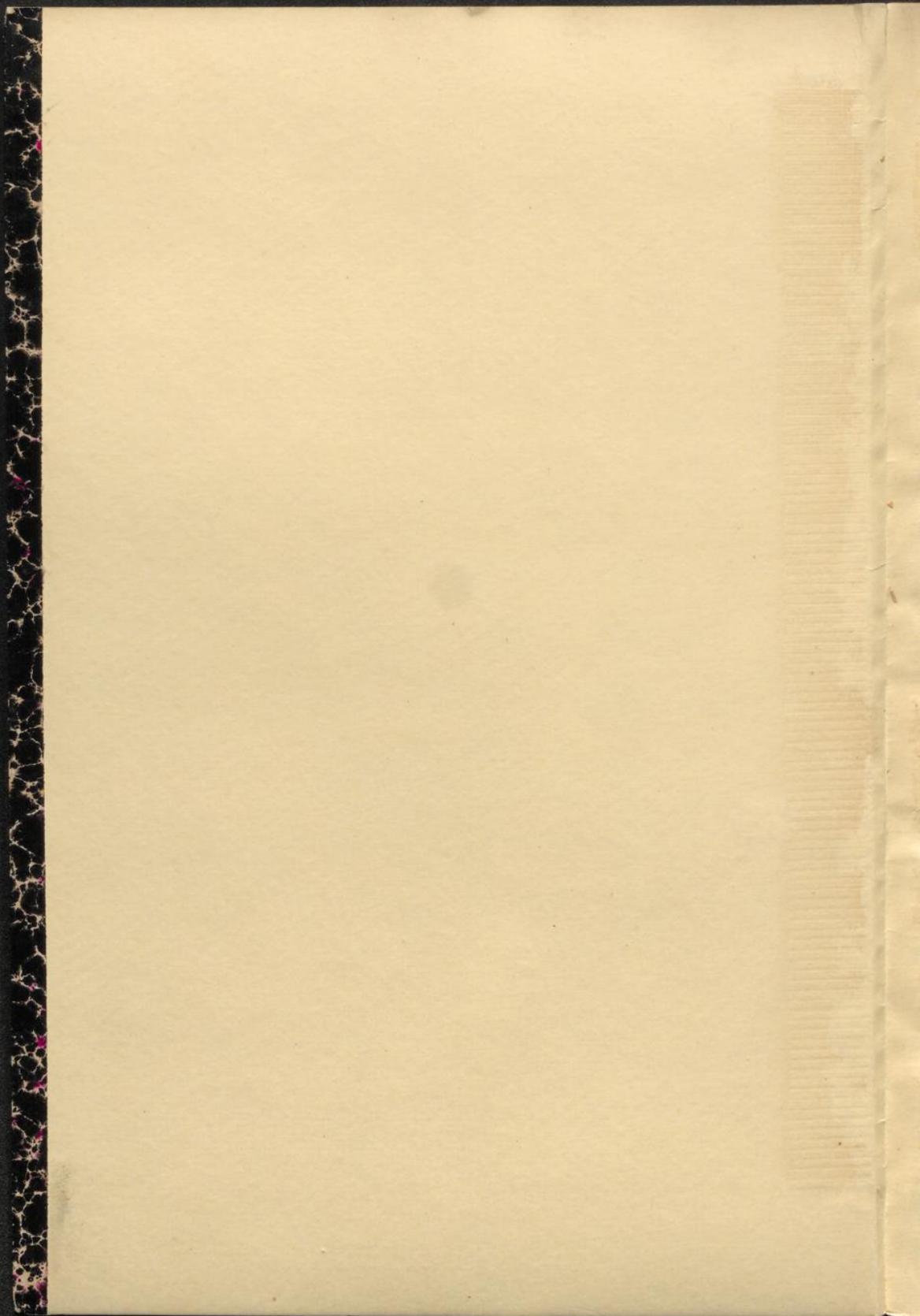
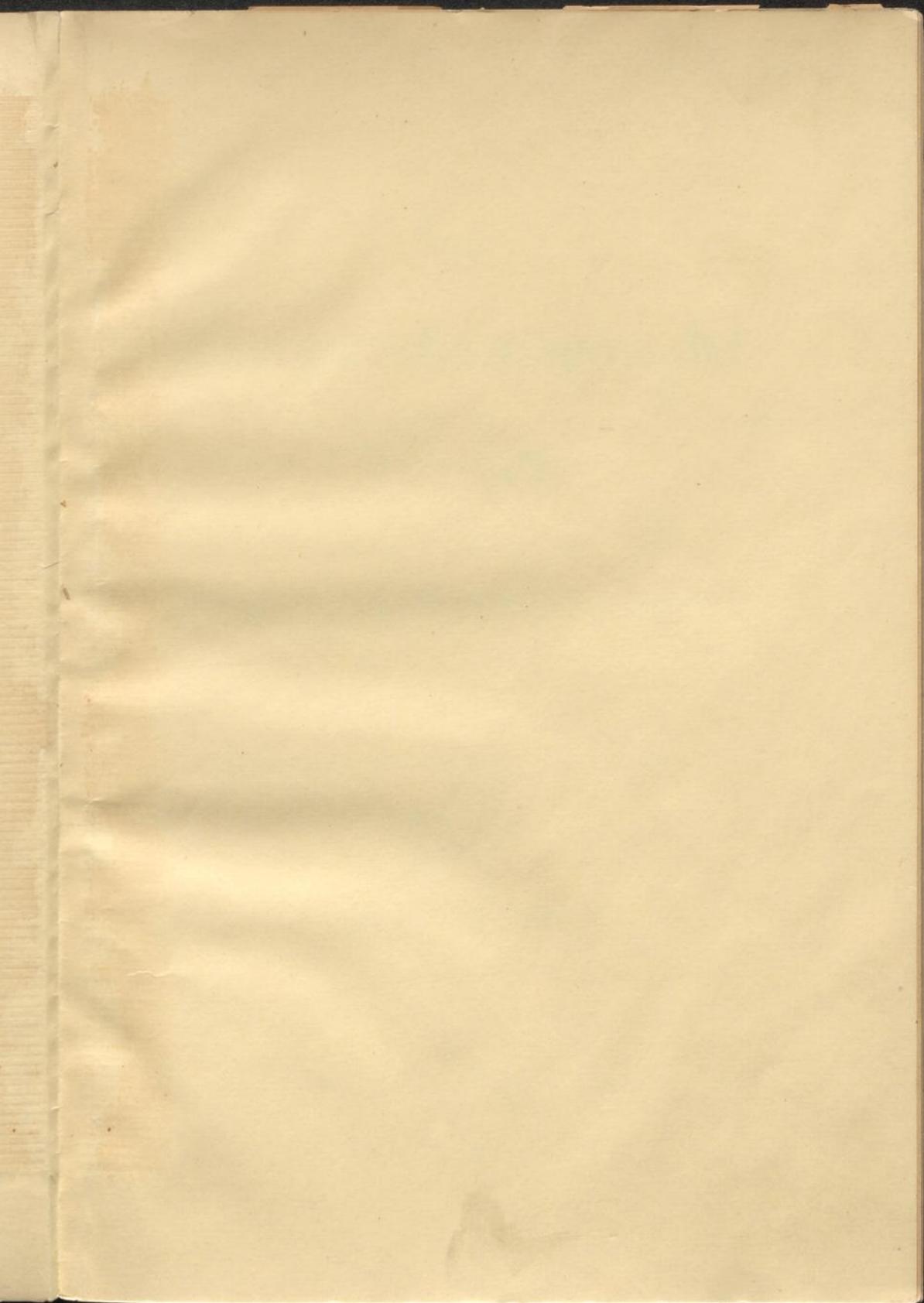
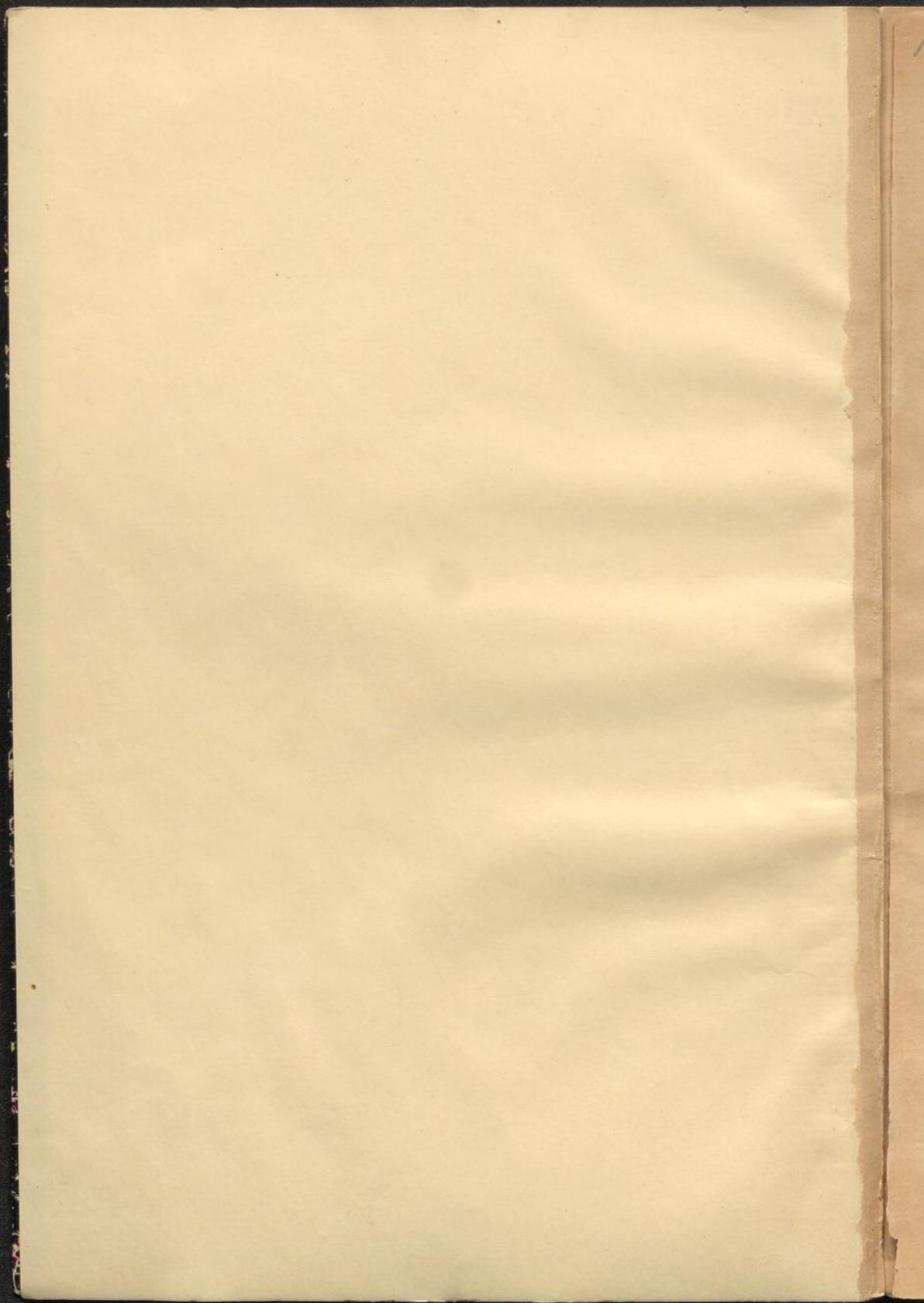


Wiener Stadt-Bibliothek.

77999 A







A 77999

20

Zum

Frauenstimmrecht

in

Oesterreich.



Bericht über die am 9. December 1893 im alten Rathhause saale
stattgehabte allgemeine freie Frauenversammlung.

4. Publication des Allg. österr. Frauenvereines.



Preis 10 kr. ö. W.

Wien.

Verlag des Allgemeinen österreichischen Frauenvereines.

1894.

27 116551



Bum Frauenstimmrecht in Oesterreich.*)

Bericht über die am 9. December 1893 im alten Rathhauseaale stattgehabte allgemeine freie Frauenversammlung.

Die Einberuferin, Frä. Aug. Fickert, eröffnet um 7 Uhr 20 Minuten abends die zahlreich besuchte Versammlung und begründet die Einberufung derselben wie folgt:

John St. Mill ist der Ansicht, daß man diejenigen, welche uns regieren sollen, selbst wählen müsse. Unter welchen Bedingungen immer, meint er, dem Manne das Stimmrecht gewährt wird, es ist auch kein Schatten eines gerechten Grundes vorhanden, dasselbe den Frauen unter den gleichen Umständen vorzuenthalten.

Diesen Gedanken möchte ich gleichsam als Leitmotiv den heutigen Verhandlungen zu Grunde legen.

Als diese Versammlung geplant wurde, hatte eben Graf Taaffe seine Wahlreform-Vorlage dem Reichsrathe vorgelegt. Die Ueberzeugung darüber war allgemein. Wer aber an historisches Denken gewöhnt ist, der wird alsbald nach einem Analogon in der Geschichte gesucht und wahrscheinlich auch zahlreiche ähnliche Beispiele in derselben gefunden haben. Sobald die Mächthaber mit den ihnen zunächst Stehenden kein Auskommen mehr finden konnten, versuchten sie es stets, volksthümlich zu werden. Freilich gehorchten sie hierin selten dem eigenen Trieb, sondern der Noth, und deshalb ist es meist ein undankbares, oft ein gefährliches Unternehmen.

Das Ministerium Taaffe wurde gestürzt, das Hauptverdienst daran gebührt der deutsch-liberalen Partei, welche dasselbe Mini-

*) Wir bringen den Bericht, soweit es nach den gemachten Aufzeichnungen anging, möglichst wortgetreu, was wir umso angezeigter halten, als einige Tagesblätter zumeist nur entstellte Nachrichten darüber veröffentlichten.

sterium seit einer Reihe von Jahren bei allen reactionären Maßnahmen unterstützt hatte. Fürwahr, es gibt keinen Ausdruck, scharf und verächtlich genug, um die Schmach zu kennzeichnen, womit die liberale Partei durch diese ihre culturfeindliche Haltung in der Wahlreformfrage sich bedeckt hat!

Wir haben nun eine neue Regierung — ob dieselbe aber auch einen neuen Kurs bedeutet — muß dahingestellt werden. Wir wollen zufrieden sein, wenn sie während ihres voraussichtlich kurzen Bestandes es nicht dahin bringt, daß die Worte „Wahrheit und Offenheit“ ebenso ihren guten Klang verlieren, wie das Wort Liberalismus durch die Liberalen in Verruf gekommen ist.

Man könnte uns nun zum Vorwurf machen, daß wir mit unseren Forderungen zu spät kommen. Hat die Taaffe'sche Regierungsvorlage, welche für das politisch zurückgebliebene Oesterreich immerhin einen großen Schritt nach vorwärts bedeutete, die Frauen vom Wahlrechte ausgeschlossen, so wird die Wahlrechtsreformvorlage des neuen Ministeriums eine noch weit begrenzttere sein. Wir erwidern aber darauf: Uns Frauen fällt es auch gar nicht ein, von der eben vollzogenen Coalition zur engherzigen Wahrung des vorhandenen Besitzstandes etwas zu erwarten, wir verlassen uns in Bezug auf die endliche Erreichung der uns vorenthaltenen Rechte auf die mächtige Bewegung, welche im arbeitenden Volke mehr und mehr um sich greift und welche wir deshalb mit Sympathie begrüßen müssen, weil die Interessen dieses Volkes mit den Culturinteressen der Menschheit zusammenfallen, wir verlassen uns ferner auf uns selbst, auf unsere eigene Energie und Ausdauer, denn in bewegten Zeiten hat es den Frauen noch niemals an Muth und Aufopferungsfähigkeit für große Ziele gefehlt!

Ist nun aber die Erreichung des Wahlrechtes ein anzustrebendes Ziel und welche Aufgaben würden den Frauen mit demselben zufallen?

Es läßt sich mit der Würde eines mündigen Menschen nicht vereinbaren, daß er den für das gesellschaftliche Zusammenleben geltenden Gesetzen gehorchen soll, ohne bei Feststellung derselben mit zu Rathe gezogen worden zu sein. Das Volk (ich begreife darunter auch die Frauen) ist aber heute mündig, was auch politische Kannegießer dagegen vorbringen mögen. Es hat sich diese seine Mündigkeit im schweren Kampfe gegen die Härten des Manchester-Liberalismus errungen, und deshalb wird es solange an die Pforten pochen, bis es Einlaß gefunden. In den Vordergrund der parlamentarischen Verhandlungen werden dann die wirthschaftlichen, materiellen Fragen treten, denn diese bilden die Grundlage der geistigen Bestrebungen, und hier eröffnet sich den Frauen ein großes

unbegrenztes Arbeitsfeld, ein Arbeitsfeld, auf dem sie zwar seit Anbeginn der Geschichte thätig sind, das sie aber, zurückgehalten in geistiger Knechtschaft, bisher nicht rationell bebauen konnten, ich meine das Feld der Jugenderziehung.

Hier müssen und hier werden die ersten Frauen, wenn sie einst als gleichberechtigte Mitglieder ins Parlament eintreten, den Hebel ansetzen, um eine gründliche Reform des heute so im Argen liegenden Erziehungs- und Unterrichtswesens durchzuführen. Sie werden den starren Bureaokratismus der Schulverwaltung umwandeln in einen lebendigen Demokratismus, sie werden — in der schmerzlichen Erinnerung an die eigene ungesunde und unzulängliche Geistesnahrung, die ihnen geworden — die Schule und mit ihr

die Jugend von den letzten Resten der Scholastik befreien.

Mit dieser Umgestaltung aber Hand in Hand wird sich auch eine Umwandlung im Verkehr zwischen Mann und Weib vollziehen. Die öconomisch selbstständige Frau wird sich eine Bevormundung und eine Vergewaltigung von Seiten des Mannes auch auf diesem Gebiete nicht länger gefallen lassen, und die entsetzlichen Ausschreitungen, welche unsere moderne Gesellschaft degenerieren, werden durch die Forderung eines einheitlichen Sittengesetzes für Mann und Weib verschwinden.

Waren die Frauen bisher die Hüterinnen der Sitte, so werden sie dann die Hüterinnen der Sittlichkeit werden, und gerade durch den bestimmenden Einfluß der Frau werden auch hier reinere und edlere Formen ins Leben treten.

Unsere Zeit, die mehr als je alle Kräfte in Bewegung setzt, hat auch längst die Frauen zu ihrem Dienste herangezogen, um die großen Aufgaben, welche der Menschheit am Ausgange dieses Jahrhunderts gestellt sind, zu lösen. War in der masculinen Gesellschaft, wie Aben die heutige Ordnung der Dinge nennt, die „Gewalt“, das „Recht des Stärkeren“ Gründerin und Gesetzgeberin der Staaten, so ist jetzt Gerechtigkeit die Losung — in diesem Sinne müssen die Frauen die aufwachsende Generation erziehen — dann wird „die große Epoche, die unser Jahrhundert geboren, kein kleines Geschlecht finden“.

Nun wird zur Wahl des Bureau geschritten. Frl. Fickert wird zur Vorsitzenden, Frau Pauline Pröbstl zur Vorsitzenden-Stellvertreterin, Frl. Karoline Gronemann und Herr Nero Weinbach zu Schriftführern gewählt.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung übergehend, ertheilt die Vorsitzende dem Reichsrathsabgeordneten Grafen Dr. B. Raunic das Wort zu seinem Vortrag über „das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht.“*)

Nachdem die Vorsitzende dem Herrn Reichstagsabgeordneten für seinen Vortrag gedankt, ertheilt sie Frä. Marie Müßill das Wort zu ihrem Referat über eine dem Reichsrathe vorzulegende Petition, das Frauenstimmrecht betreffend.

„Berehrte Anwesende!

Es ist heute das drittemal, daß wir Frauen uns in demselben Saale zu gleichem Zwecke versammeln. Gestatten Sie, daß ich, bevor ich die Petition verlese, in kurzem die Geschichte der seit 5 Jahren währenden Frauenstimmrechts-Bewegung in Oesterreich recapitulire. Es geschieht dies mit Rücksicht auf diejenigen von Ihnen, die heute das erstemal hier sind und der bisherigen Bewegung fremd gegenüberstanden.

Den nächsten Anlaß hiezu bot die mehrfache Zurücksetzung, welche die Lehrerinnen ihren Collegen gegenüber zu erdulden hatten. Obwohl die Behörden sich stets lobend über die Leistungen der Lehrerinnen aussprachen, mußten diese, so oft es sich um eine Anerkennung in klingender Münze oder um Beförderung auf eine höhere Stelle handelte, bescheiden zurücktreten. Es dämmerte schwach in ihnen auf, als könnte diese wiederholte Zurücksetzung und Verrückung ihrer Bezüge eine Folge ihrer politischen Rechtlosigkeit sein: Die Wiener Lehrer waren Wähler, die Lehrerinnen nicht.

Als nun im Jahre 1889 ein Gesetzentwurf in Vorbereitung war, der den niederösterreichischen Frauen das Wahlrecht für die Gemeinde entziehen sollte, wie ihnen ein Jahr früher das Wahlrecht für den Landtag entzogen worden war, überreichten die steuerzahlenden, eigenberechtigten Frauen Niederösterreichs dem hohen Landtage eine Petition mit nahezu 1000 Unterschriften, worin sie um Belassung des Wahlrechtes für die Gemeinde und um Wiederzuerkennung desselben für den Landtag baten. Die Petition beschäftigte sich vorzugsweise mit der Widerlegung der in dem vorbereiteten Gesetzentwürfe enthaltenen Einwürfe gegen das Frauenstimmrecht und lieferte den Nachweis, daß das Frauenstimmrecht in Oesterreich thatsächlich bestehe.

Diese Petition hatte den großen Erfolg, daß in der Landtags-sitzung vom 3. Jänner 1891, als das Wahlrecht der Frauen

*) Diesen Vortrag bringt ausführlich Nr. 98 der „Volkstimme“.

auf der Tagesordnung stand und der Referent Dr. Heinemann für die Entziehung desselben plaidirte, mehrere Abgeordnete entschieden dagegen sich aussprachen und der Abgeordnete Dr. Fuß, welcher uns leider viel zu früh durch den Tod entrisen wurde, den Antrag stellte, es sei der Landesauschuß zu beauftragen, einen neuen Gesetzentwurf auszuarbeiten, demgemäß den Frauen das Wahlrecht zu belassen sei, jedoch statt der Wahl durch Vollmachten die persönliche Wahl gestattet werde.

Dieser Antrag wurde mit 29 gegen 26 Stimmen angenommen.

Seit der Zeit schweigt die Geschichte, und der niederösterreichische Landesauschuß hat während der 3 Jahre noch nicht die Zeit gefunden, eine neue Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

Am 14. Mai 1891 wurde eine 2. allgemeine Frauenversammlung abgehalten, zu dem Zwecke, um dem Reichsrathe eine Petition um Zulassung der Frauen zum Mittel- und Hochschulstudium, um Erweiterung der ihnen zugänglichen Berufsarten, um Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen, wonach ihnen die Theilnahme am politischen Vereinsleben nicht gestattet ist, und endlich um Zuerkennung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes zu überreichen. Diese Petition beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit der Darlegung der socialen und wirtschaftlichen Ursachen, welche den Frauen die Einflußnahme auf die öffentlichen Angelegenheiten wünschenswerth und erstrebenswerth machten. Die Petition, welche dem hohen Hause Herr Reichsraths-Abgeordneter Pernerstorfer überreichte, wurde dem stenographischen Protokolle einverleibt; mehr wurde nicht erzielt.

In derselben Versammlung am 14. Mai 1891 wurde auch eine Eingabe an den niederösterreichischen Landtag beschloffen, dahin gehend, es möge 1. der §. 8 des neuen Wiener Gemeindestatuts abgeändert werden, nach welchem Frauenpersonen selbstständig das Bürgerrecht nicht erwerben können, ebenso der §. 1 der Gemeindevahlordnung, nach welchem nur die Staatsbürger männlichen Geschlechtes wahlberechtigt erscheinen; 2. den Frauen Niederösterreichs mit Einschluß der Frauen der Großcommune Wien das active, directe Wahlrecht für den Landtag zuerkannt und ihnen 3. auch das passive Stimmrecht für die Schulaufsichtsbehörde und für die dem Armenwesen gewidmeten Körperschaften verliehen werden.

Wesentlich neu tritt uns in dieser Petition das Verlangen der Wiener Frauen nach Bethätigung im Schul- und Armenwesen entgegen. Bei dem Wohlthätigkeitsinne, dem feinen Tact, der unsere Frauen auszeichnet, ist nicht daran zu zweifeln, daß, wenn bei uns das Institut weiblicher Armenrätthe und weiblicher Schulrätthe

ins Leben treten sollte, dasselbe sich eben so gut bewähren wird, wie in England, Schottland, Scandinavien, Finnland, der Schweiz und Amerika, in welchen Frauen in dieser Stellung bereits auf das segensreichste und erspriesslichste zum Wohle ihres Landes wirken.

Gestatten Sie, verehrte Anwesende, daß ich bei dieser Gelegenheit einen kurzen Ueberblick über die Frauenbewegung und deren Erfolge in fremden Ländern in den letzten Jahren liefere.

Im Jahre 1890 hat in Dänemark die Vereinigung der Linken ein neues Programm veröffentlicht, in welchem unter andern Reformen, für welche die Linke sich einzusetzen verspricht, auch die beiden Forderungen aufgestellt sind:

I. Die Frau besitzt das gleiche Recht auf Arbeit wie der Mann.

II. Die Frau soll das municipale Wahlrecht (Gemeindegewahlrecht) erhalten.

In Finnland ist den Frauen das communale Wahlrecht unter denselben Bedingungen gewährleistet wie den Männern. Sie können als Gemeinde-, Armen- und Schulräthe gewählt werden.

In Schweden hat der Landtag im Frühling 1889 ein Gesetz beschlossen, welches unverheiratete Frauen und Witwen als Schul- und Armenräthe zuläßt.

In Norwegen hat „die Union für das Stimmrecht der Frauen“ eine energische Bewegung ins Leben gerufen, um den Frauen das Wahlrecht zu verschaffen. Im Jahre 1890 fanden im Storting lange Debatten über diese Forderung der Frauen statt. Die Abstimmung ergab 70 Stimmen gegen, 44 für das Frauenwahlrecht. Allein die norwegischen Frauen verloren den Muth nicht, sie setzten ihre Propaganda energisch fort und sind ihrem Ziele bedeutend näher gerückt, denn die am 23. Juni d. J. stattgehabte Abstimmung ergab nur mehr ein Stimmenverhältnis von 54—56. Die noch fehlenden 2 Stimmen werden bald erobert und unsere Schwestern im Norden bald im Besitze ihrer bürgerlichen Rechte sein.

In Holland ist die Frauenbewegung in gutem Zuge, und da derselben von Seite der Regierung nichts in den Weg gelegt wird, so darf man ihr ein schnelles Vorwärtsschreiten auf der Bahn zur Gleichberechtigung prognosticiren.

In Frankreich sind die Frauen in Bezug auf die politischen Rechte gegenwärtig übler daran als vor der Revolution. Damals hatten die französischen Frauen in den wenigen Corporationen, die ihnen zugänglich waren, durchaus gleiche Rechte wie die Männer.

Uebrigens hat „die Ligue zur Befreiung der Frauen“ im Jahre 1891 an den Senat eine Petition mit der Forderung gerichtet, die die Frauen betreffenden unlogischen und ungerechten civilrechtlichen Bestimmungen des code Napoleon abzuändern, um so die Ungleichheit der Geschlechter vor dem Gesetze aufzuheben.

Am intensivsten und erfolgreichsten kämpften die englischen Frauen um ihre politischen Rechte. In England datiert die Stimmrechtsbewegung seit dem Jahre 1867, als Stuart Mill im Unterhause beantragte, es soll im Stimmrechts-Reformgesetz das Wort „Mann“ ausgelassen und dafür „Person“ gesetzt werden. Der Antrag wurde mit 196 gegen 83 Stimmen verworfen. Es bildeten sich in allen Hauptstädten des Reiches Stimmrechts-Comités, im Jahre 1862 schufen diese in London ein Central-Comité als Mittelpunkt für alle übrigen Stimmrechtsvereine.

Von dieser Zeit an verfolgten die englischen Frauen ihr Ziel mit concentrirter Kraft. Jahr um Jahr wurden Gesetzesvorschläge eingebracht, Jahr um Jahr fanden Massenversammlungen während der Parlamentsession statt, Petitionen wurden eingereicht, Vorträge und Localversammlungen wurden in allen Theilen Englands abgehalten, ein Organ der Stimmrechtsidee von Miß Becker gegründet und eine Anzahl Brochüren zur Aufklärung der Massen herausgegeben. Nach 10jähriger Arbeit unterlag eine diesbezügliche Resolution nur mit der schwachen Majorität von 16 Stimmen. Im Jahre 1886 war das Frauenstimmrecht nahe daran durchzudringen. Der darauf bezughabende Gesetzesantrag ging in 1. und 2. Lesung durch, wurde aber durch die mittlerweile erfolgte Auflösung des Parlaments nicht zu Ende geführt.

Im Jahre 1892 lehnte das Unterhaus nach 5stündiger Debatte mit einer Majorität von 23 Stimmen die 2. Lesung der Bill ab, durch welche unverheirateten weiblichen Personen das Wahlrecht für die Gesetzgebung verliehen werden sollte. Die Regierung behandelte den Gegenstand als offene Frage; der I. Lord des Schakses Balfour trat entschieden für die Gesetzesvorlage ein.

Die Verleihung des Wahlrechtes für das Parlament an die englischen Frauen ist nur eine Frage der Zeit und kann bei ihrer großen Energie und ihrem überaus praktischen Sinn, der immer das Zunächstliegende fest ins Auge faßt, nicht lange auf sich warten lassen.

Am großartigsten ist die Stimmrechtsbewegung in Nordamerika inscenirt, wo die Frauen bereits in 23 Staaten das active und passive Wahlrecht in Schulangelegenheiten genießen. Fast in jedem Einzelstaate sind Gesetzentwürfe um Gewährung des politischen Wahlrechtes eingebracht worden, und für viele von ihnen

liegt die Wahrscheinlichkeit der Annahme vor. Die Frauen nehmen einen großen Antheil am politischen Leben, häufig liegt die Wahl-agitation und Organisation ganz in ihren Händen. So haben im letzten Jahre für die republikanische Partei in Kansas die berühmte Verfechterin der Frauenfrage Eusame B. Anthony und M. Johns die Wahlagitation geleitet und im Interesse der Partei öffentliche Reden gehalten; Frau Ella Forster organisirte im Osten und Westen republikanische Ligas und Clubs. Für die Volkspartei war M. Leas eine unschätzbare Kraft. Sie durchreiste das ganze Land im Interesse der Partei, sicherte sich überall die besten Redner u. s. w. Es ist daher sicherlich zu erwarten, daß Frauen, die so regen Antheil am Wohlergehen ihres Landes nehmen und demselben nach jeder Richtung ihre ganze Thatkraft widmen, nicht mehr lange das politische Wahlrecht werden entbehren müssen. Im Principe sind fast alle Parteien für die Ertheilung des Wahlrechtes, und da die Frauen selbst sehr energisch ihr Wahlrecht verlangen — sie geben 8 Zeitungen nur zum Zweck der Erlangung des Frauenwahlrechtes heraus, während 100 andere Zeitungen diese Forderung mit in ihrem Programme haben — und in Wyoming, Croning und Edgerton, wo sie es bereits besitzen, der Erfolg der denkbar beste ist, so ist alle Aussicht vorhanden, daß die Bundesregierung dem allgemeinen Andringen nicht länger widerstehen wird können.

Früher als in allen anderen Staaten wurde das Wahlrecht für das Parlament den Frauen in Neuseeland, diesem von den alten Culturstätten so fernab liegenden Eiland, zuerkannt, und zwar nicht nur den europäischen, sondern auch den eingeborenen Frauen. Nach einer 3jährigen Opposition hat das Parlament nachgegeben und der Gouverneur sich beeilt, das neue Gesetz zu sanctioniren. Außer ihrer unerschütterlichen Hingabe an ihr Ziel verdanken die Frauen Neuseelands diesen großartigen Erfolg auch noch der unbesiegbaren Kühnheit und Beredsamkeit, mit welcher Sir J. Hall für ihre Rechte eingetreten ist.

Und wir??? Wie nehmen wir österreichische Frauen uns angesichts einer solchen beispiellosen Hingabe an ein hohes Ziel aus? Abgesehen von den Wiener Frauen, die in Bezug auf das Wahlrecht nach jeder Richtung hin verkürzt und zurückgesetzt erscheinen, besitzen die Frauen Oesterreichs vor allen anderen Staaten noch die meisten politischen Rechte; aber wie nutzen sie dieselben aus und wie suchen sie dieselben zu erweitern? Sang- und klanglos wurde den niederösterreichischen Frauen das Landtagswahlrecht entzogen; sie hätten auch den Verlust des Wahlrechtes für den Gemeinderath zu beklagen, wenn nicht im letzten Momente die ehemaligen Wiener

Vorortelehrer innen eine energische Gegenaction eingeleitet hätten. Eine große Indolenz der Frauen gegenüber ihren politischen Rechten macht sich vielfach bemerkbar, sie verkennen den unschätzbaren Werth derselben; sie wissen nicht, was mit ihnen anzufangen. Es fehlt ihnen die Erkenntnis, daß ohne politische Rechte für die Frauen gerade so wenig zu erreichen ist wie für den besitzlosen Mann. Solange alle Macht- und Rechtsstellen nur von Männern besetzt sind, müssen die Interessen des weiblichen Geschlechtes ohne genügende Vertretung sein. Zwar die erwerbenden Frauen, welche mitten in den Daseinskampf gestellt sind, beginnen ihre politische Lage zu begreifen, allen voran die Arbeiterinnen, welche rührig und unermüdetlich zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes sich aussprechen.

Ja, nur von der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes haben wir Frauen etwas zu hoffen, aber auch nur von dem allgemeinen Wahlrechte, wie es die Demokraten und Socialisten anstreben. Man sollte meinen, allgemeines Wahlrecht lasse nur eine Deutung zu, daß nämlich darunter das gesammte Volk, also auch die Frauen gemeint seien, aber dem ist nicht so.

In Deutschland ist das allgemeine Wahlrecht bereits eingeführt, aber die Frauen sind davon ausgeschlossen; in Belgien besitzen sie es ebenfalls, aber ohne die Frauen; dort ist die famose Einrichtung getroffen, daß der verheirathete Mann 2 Stimmen zu vergeben hat, er kann doppelt wählen, die Frau gar nicht. Wenn also der belgische Mann einen größeren politischen Einfluß gewinnen will, so nimmt er sich einfach eine Frau, wie gut sie dabei fährt, kann man sich im Geiste ausmalen.

Wir österreichischen Frauen fordern daher das allgemeine Wahlrecht, wie es die Gerechtigkeit vorschreibt; wir Frauen, die größere Hälfte der Einwohnerzahl, wollen nicht davon ausgeschlossen sein. Diese Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht ist der Zweck der heutigen Versammlung und soll den Kernpunkt der Petition bilden. Bevor ich dieselbe verlese, möchte ich Sie, geehrte Damen, vorerst mit den leitenden Gesichtspunkten vertraut machen, die der Ausarbeitung zu Grunde lagen.

1. In der heutigen Petition werden dieselben Forderungen aufrechterhalten, wie sie in der letzten Petition vom 14. Mai 1891 erhoben wurden.

2. Da die vorhergegangenen Petitionen so überaus reiches und erschöpfendes Materiale zur Begründung unserer berechtigten Forderungen brachten, so konnte die heutige Petition sich kurz fassen.

vollen, gleichen Antheil an der Berathung hat, — so lange wird es nicht möglich sein, die Bedingungen der socialen Gerechtigkeit festzustellen und alle Voraussetzungen in dieser Sache werden nur einen problematischen Werth besitzen können.“

Nun gelangte folgende Petition zur Verlesung.

An das hohe Abgeordnetenhaus der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Im Mai 1891 überreichten die Frauen Wien's durch den Herrn Reichsrathsabgeordneten Bernerstorfer dem hohen Hause eine Petition um Zulassung der Frauen zum Mittel- und Hochschulstudium, um Erweiterung der ihnen offenstehenden Berufszweige, um Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen, wonach ihnen die Betheiligung am politischen Vereinsleben untersagt ist und um Anerkennung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes.

In ausführlicher und erschöpfender Weise wurden in der erwähnten Petition die wirthschaftlichen und socialen Ursachen dargethan, welche die Frauen nöthigten, sich an den Reichsrath zu wenden, um Gehör für ihre Bitten und Schutz für ihre bedrohten Interessen zu finden.

Allein, so groß auch die Sympathien waren, die der gerechten Sache der Frauen in der öffentlichen Meinung zu theil wurden, an jener hohen Stelle, die berufen ist, die Interessen des gesammten Volkes, also auch die der Frauen zu wahren, fanden ihre Bitten kein geneigtes Ohr und keine Würdigung, ihre Petition wurde nicht in Verhandlung gezogen.

Dieselben Gründe zwingender Gewalt wie damals, veranlassen die Frauen Wiens auch heute, sich neuerdings den gesetzgebenden Factoren bittlich zu nahen und eine Entgegennahme nachstehender Vorstellungen anzuschuchen.

Den neueren Statistikern ist es wohl nicht verborgen geblieben, daß in den hochentwickelten Culturländern Europas ein erheblicher Ueberschuß an weiblichen Personen besteht, der gerade besonders scharf in der Bevölkerungsklasse zwischen dem 20. und 30. Jahre hervortritt. Selbst, wenn also Männer in Oesterreich heiraten würden — in Wirklichkeit heiratet nur die Hälfte der im productiven Alter stehenden — bliebe noch immer eine große Anzahl der Frauen übrig, denn nach dem Ergebnisse der letzten Volkszählung übertrifft die Zahl der Frauen die der Männer um $1\frac{1}{2}$ Millionen. In Wien kommen nahezu $\frac{3}{5}$ der Frauen nicht in die Lage zu heiraten und den Beruf der Mutter zu erfüllen.

Wenn angesichts dieser Thatfachen die Frauen, die um die Möglichkeit eines ehrenhaften, selbstständigen Erwerbes bitten, immer wieder einzig und allein auf die Erfüllung ihrer natürlichen Bestimmung verwiesen werden, wie dies anlässlich der Unterrichts-Debatte im hohen Hause im Jahre 1891 geschah, so heißt dies den Frauen Steine für Brot reichen.

In dem kleinen Gebiete aber, in welchem ihnen eine Wirksamkeit möglich erscheint, ist der Concurrenzkampf so groß, daß es kaum einem kleinen Häuflein vergönnt ist, das Ziel zu erreichen; die überwiegende Mehrheit erwartet nach jahrelanger Mühsal und Beschwerde Enttäuschung und Elend. Die Zahl der Frauen ist groß, welche den aufrichtigen und ernstesten Willen zu geistiger Arbeit haben, aber aus Mangel an passenden Berufsarten zur Unthätigkeit verurtheilt sind. Ein großes Unrecht begeht die Gesellschaft an den doppelt beklagenswerthen Mitgliedern, die des häuslichen Herdes und der Arbeitsfähigkeit beraubt sind, indem sie ihnen die Möglichkeit einer höheren Bildung und damit auch des Erwerbes auf bisher verschlossenem Gebiete entzieht.

Neben der ökonomischen hat die Frage der Frauenbildung auch eine tiefe ethische und sociale Bedeutung. Als Gattin und vor allem als Mutter und Erzieherin der künftigen Generation erfüllt die Frau eine wichtige gesellschaftliche Mission und muß nothwendig einen hohen geistigen Standpunkt einnehmen, um ihren erhabenen Beruf erfüllen zu können.

Wir Frauen geben uns jedoch keiner Illusion und Täuschung hin, wir wissen gut, daß, solange wir der politischen Rechte entbehren, wir keine Aussicht auf Verbesserung unserer wirthschaftlichen und socialen Stellung haben, wir wünschen daher einen thatsächlichen Einfluß auf die Gesetzgebung üben zu können. Dieselben Interessen, welche durch Männer an der Wahlurne vertreten werden, gelten auch für uns und können auch durch uns geltend gemacht werden.

Im Principe ist ja bereits den Frauen Oesterreichs das Wahlrecht zuerkannt. Die Frauen Oesterreichs genießen thatsächlich politische Rechte. So besitzen die Großgrundbesitzerinnen das Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften, für den Reichsrath, für den Landtag und für die Gemeinde. Für den Landtag wählen die steuerzahlenden, eigen berechtigten Frauen aller Kronländer mit Ausnahme von Triest, Krain, Küstenland und seit jüngst auch Niederösterreich, dessen Frauen die Landtagswahl im Jahre 1888 entzogen wurde. Das Wahlrecht für die Gemeindevertretung besitzen ebenfalls die steuerzahlenden eigenberechtigten Frauen aller Kronländer. Nur die Frauen Wiens, der Metropole des Reiches, sind gänzlich ausgeschlossen von jeder Art des Wahlrechts.

Bei dieser Gelegenheit können wir darauf hinweisen, daß nach den Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates $\frac{1}{3}$ der Gewerbeanmeldungen auf die Frauen entfällt, daß nach den Erhebungen des Steuer- und Wahlkatasters der Stadt Wien nahezu $\frac{1}{4}$ der Steuerzahlenden Wiener Frauen sind, ferner daß 15.785 Frauen die Hauszinssteuer entrichten. Wenn die halbe Million, welche die Frauen an directen Steuern sammt Zuschlägen leisten, nur einen geringen Bruchtheil der von den Männern geleisteten Steuersumme ausmacht, so beweist dies wieder, daß die den Frauen zugänglichen Berufsarten inferiorer Art sind und nur ein geringes Einkommen abwerfen. Rechnet man hiezu die Unsummen an indirecten Steuern, die die Frauen zahlen, zu deren Leistung auch die große Armee der Arbeiterinnen herangezogen wird, deren Arbeitsertrag zu gering ist, um ihnen eine directe Steuer aufzuerlegen, so ist der Beweis wohl erbracht, daß die Frauen einen beachtenswerthen Factor im Staatshaushalte bilden. Ein Besuch des k. k. Kunstgewerbemuseums am Stubenring und des Künstlerhauses beweist ebenfalls in glänzender Weise den thätigen Antheil, den die Frauen am Culturfortschritte nehmen.

Es sei gestattet, uns an dieser Stelle auf einen Ausspruch des berühmten amerikanischen Staatsmannes A. Lincoln zu berufen, der da sagt: „Ich bin dafür, daß alle, welche die Lasten der Regierung mittragen, auch an den Privilegien derselben theilnehmen sollen — auf keinen Fall sind die Frauen davon auszuschließen“.

Aber, nicht auf Grund unserer Steuerleistung erstreben wir das Wahlrecht, nicht eine separatistische Interessenvertretung machen wir geltend, nein, ausgehend von dem Grundsatz „Gleiches Recht für Alle“ erbitten wir die Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes ohne Unterschied der Steuerleistung, des Standes und des Geschlechtes.

Damit begegnen wir dem sehnlichsten Wunsche der vielen Millionen von Oesterreichern, die in der Verleihung des allgemeinen Wahlrechtes an alle großjährigen und eigenberechtigten Staatsbürger und Staatsbürgerinnen einen Act ausgleichender Gerechtigkeit erblicken, von dem sie eine Gefundung und Erstarkung des politischen Lebens erwarten.

Damit wir Frauen jedoch gehörig geschult und vorbereitet seien, wenn wir in den Besitz der politischen Rechte gelangen, so verlangen wir, daß man uns die Theilnahme am politischen Vereinswesen gestatte und daß unsere, durch § 30 des Gesetzes vom 15. November 1867 normirte Ausschließung von der Mitgliedschaft politischer Vereine aufgehoben werde.

Da nach dem Programme der Regierung in nächster Zeit eine umfassende Wahlreform in Angriff genommen wird bei welcher die alten Privilegien als Verletzung der Volksrechte beseitigt werden sollen, so erachten die Frauen Wiens den jetzigen Zeitpunkt fehr besonders geeignet, um auch ihre Anliegen dem hohen Hause vorzulegen. Sie hoffen zuversichtlich, daß man ihnen als thätig Mitarbeiterinnen im Culturstaate die Anerkennung nicht versagen und ihnen endlich nicht nur Pflichten, sondern auch die diesen entsprechenden staatsbürgerlichen Rechte einräumen werde.

Sie stellen daher die ergebene Bitte:

Das hohe Abgeordnetenhaus möge allen großjährigen und eigenberechtigten österreichischen Staatsbürgern ohne Unterschied der Steuerleistung, des Standes und des Geschlechtes das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht für den Reichsrath zuerkennen, ferner den Frauen die Betheiligung am politischen Vereinswesen gestatten und die diesbezüglichen gesetzliche Verbote aufheben, endlich den Frauen die Möglichkeit einer höheren geistigen Ausbildung schaffen, sowie für die zeitgemäße Erweiterung der den Frauen zugänglichen Berufsarten sorgen.

Nach Verlesung der Petition eröffnet die Vorsitzende die Debatte.

Hr. Baumann meldet sich zum Worte:

Ich möchte Ihnen die Worte des englischen Philosophen Herbert Spencer vorführen, der sagt: „Wie es ein Volk verdient, so wird es regiert“. So geht es uns Frauen auch. Auch wir werden so behandelt, wie wir es verdienen, nicht weil wir geistig geringer begabt wären, denn die Frauen sind ja ebenso geschickt wie die Männer, hin und wieder sogar geschickter. Wir verdienen diese Behandlung unserer unglaublichen Indolenz wegen, die die große Mehrzahl der Frauen gar nicht fühlen läßt, wie groß die Ungerechtigkeit ist, die auf ihnen lastet. Wenn in den Frauen einmal das Gefühl der Empörung erwachen wird über die schmachvolle Stellung, die sie den Männern gegenüber einnehmen, dann werden sie sich ein Beispiel an der Arbeiterpartei nehmen, die unentwegt das eine Ziel, das der Gleichberechtigung anstrebt, sie werden sich zu einer einigen Masse organisiren und dann wird es auch nicht an rechtlich denkenden Männern fehlen, die mit in ihre Reihen treten und ihnen helfen, ihr gutes Recht zu erlangen.

Es ist nicht recht daß die Frauen bei einer solchen Versammlung nur zu Hunderten erscheinen, zu Tausenden sollten

sie herbeiströmen. Da ist im Jänner der allgemeine österreichische Frauenverein entstanden, er hat die Aufgabe, die Frauen über die Mittel zur Erreichung ihrer Ziele aufzuklären und zählt bis jetzt circa 200 Mitglieder. Zeigt das etwa von Theilnahme von Seiten der Frauen? Auch hier sollten sie viel zahlreicher beitreten und sich zu bilden suchen, damit sie ihre Forderungen mit Nachdruck zur Geltung bringen können. (Großer Beifall).

Die Vorsitzende: Frä. Stephanie K u m m e r hat das Wort:

„Ich erlaube mir nur die Bemerkung, daß auch wir unterdrückten Arbeiterinnen bereits eingesehen haben, daß wir die gleichen Rechte anstreben müssen wie die Männer, und wir werden auch in diesen Bestrebungen von unseren Genossen, den Arbeitern, auf's eifrigste unterstützt. Wir sind bereits emancipirt, denn es existirt heute fast kein Industriezweig, in dem wir nicht beschäftigt sind, und zwar verlangt man von uns noch mehr wie von den männlichen Arbeitern.

Wenn wir aber die gleichen oder noch schwerere Pflichten erfüllen müssen wie diese, so verlangen wir auch die gleichen Rechte und vor Allem das Wahlrecht. Trotzdem wir der Gefahr ausgesetzt sind, wegen unserer Gesinnung brotlos gemacht zu werden, so lassen wir uns doch nicht abhalten, immer und immer wieder unsere Forderungen zum Ausdruck zu bringen. An den 16 Arbeiterversammlungen, die vor der Eröffnung des Parlaments demonstrativ abgehalten wurden, nahmen auch sehr viele Frauen theil, und außerdem wurden noch 5 Frauenversammlungen einberufen, in welchen wir energisch für das gleiche, allgemeine und directe Wahlrecht eintraten. Ich glaube nicht besser schließen zu können, als wenn ich den geehrten Damen empfehle, sich an uns Arbeiterinnen ein Beispiel zu nehmen!“

Vorsitzende: Frau Anna Lesser-Kießling hat das Wort.

„Ich möchte die Referentin auf ein Vergessen aufmerksam machen, durch welches der Wahlspruch der verlesenen Petition „Gleiches Recht für Alle“ verletzt worden ist. Bei Aufzählung der gewerbetreibenden, steuerpflichtigen Frauen ist eine große Zahl vergessen worden, die meiner Ansicht nach mehr berechtigt sind, sich „die Unglücklichsten und Unterdrücktesten“ nennen zu können, als die — bei all' ihrer Lebensnoth doch von jedem Denkenden — geachtete Arbeiterin, es sind die unter polizeilicher Aufsicht stehenden, sogenannten prostituirten Frauen, von denen in Wien allein 35.000

amtlich eingetragen sind. (Nach anderer Angabe sogar 45.000)*) (Rauschender Beifall unterbricht die Rednerin)

Mag man über diese Frauen denken, wie man will, sie sind und bleiben Frauen, sie sind, wie wir alle Töchter der Männer und Frauen dieses Landes, Bürgerinnen Wien's — und — unsere Mitschwestern!

An ihre Rechte darf nicht vergessen werden, denn: Gleiches Recht für Alle!! — Sollten sich noch Frauen über die Nothwendigkeit der Erringung des Frauenstimmrechts in Zweifel befunden haben, der Hinweis auf diese Frage dürfte genügen dieselben zu zerstreuen. Gerade an die Lösung dieser Frage heranzutreten, ist eine heilige Pflicht der Frauen und daher ihr Recht, im gesetzgebenden Körper ein gewaltiges Wort mitzusprechen.“ (Allgemeiner, andauernder Beifall).

Auf die Frage der Vorsitzenden meldet sich Frau Böckl zum Worte. Sie weist auf die Erörterung der Kasernierung der Prostituirten hin, welche im Frühjahre im Wiener Gemeinderathe stattgefunden hat und fordert die anwesenden Frauen auf, dagegen Stellung zu nehmen. Rednerin stellt den Antrag, die Versammlung möge den „allgemeinen österreichischen Frauenverein“ beauftragen, diese Frage in Erwägung zu ziehen und geeignete Schritte gegen die projectierte Kasernierung der Prostituirten zu unternehmen.

Die Vorsitzende: „Frau Böckl hat einen ganz bestimmten Antrag gestellt, wünscht Jemand dazu das Wort?“

Als sich Niemand meldete, ruft Frau Böckl mit Wärme: „Wie, keine Frau erhebt dafür die Hand und unterstützt diesen Antrag?“ (Rufe: Wir alle! Viele Hände erheben sich).

Die Vorsitzende formuliert nun den Antrag und bringt denselben zur Abstimmung. Er erscheint einstimmig angenommen.

Frl. Dworzak meldet sich zum Worte:

Sie sagt, daß sie sich durch das von den beiden Vorrednerinnen berührte Thema bewogen gefühlt hat, das Wort zu ergreifen und fährt fort:

„Es ist allerdings richtig, wir erkennen es, wir haben es offen und ehrlich ausgesprochen, die Frauen und Mädchen, die dem

*) Diese Angaben sind unrichtig. Im Jahre 1892 waren in Wien 1606 Prostituirte behördlich eingeschrieben, davon waren:

minderjährig	543	—	ledig	1429
großjährig	1063	—	verheirathet	141
	1606	—	verwitwet	36
				1606

arbeitenden Volke angehören, daß, so unglücklich und beklagenswerth die Arbeiterin ist, daß es trotzdem Frauen gibt, welche in noch bedauernswertherer Lage sind, diese Frauen, für die das Wort ergriffen wurde und über die viele unter Ihnen vielleicht mit verächtlichen Blicken hinweggehen, wenn sie Brot suchend in den Straßen Wiens gehen. Man wird sagen: Schandvolle, schmachvolle Geschöpfe, aber sehr wenig wurde darüber nachgedacht, wodurch diese Frauen schmachbedeckt worden sind. Ueber jene arme Frauen wird der Stab gebrochen, aber jene, welche diese der Schmach zugerieben haben, über jene wird mit Achtung gesprochen. Wir Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes sehen nicht mit Verachtung auf jene, weil wir wissen, daß keine Arbeiterin, die heute noch in Ehren lebt, sicher ist, ob nicht der nimmersatte Arbeitgeber, der von der Heiligkeit der Familie öffentlich spricht, in seiner Fabrik die Hände ausstreckt nach der Tochter eines Arbeiters. Und so wissen wir, daß viele solche Geschöpfe gerade durch die Gebildeten der Gesellschaft auf jene Stufe herabgedrückt worden sind, die man schmachvoll nennt.“

Auf die Steuerleistung übergehend meint die Rednerin, daß alle Steuerzahler seien, welche Brot brauchen. Nicht von der Steuerleistung sollten die Rechte der Staatsbürger abhängig, sondern im Principe der Gerechtigkeit sollten sie begründet sein. Wir alle haben das Recht, zu fordern, nicht zu bitten. (Bravo).

„Die Frau, welche zuletzt gesprochen hat, wies auf die Casernierung der Prostituirten hin. Es ist richtig. Im Gemeinderathe von Wien wurde auch darüber gesprochen und da hat man gemeint: Ja, es muß in dieser Angelegenheit etwas geschehen, man kann ja in gewissen Straßen von Wien geradezu nicht mehr ruhig und sicher gehen. Man muß die Frauen von den Straßen wegschaffen und in eigens dazu bestimmte Häuser bringen.

Man hat nichts dagegen, daß solche Frauen existieren, nur sprechen soll man darüber nicht.

Wir aber sagen: Es ist nicht unschicklich, es ist nicht unweiblich, die Zustände zu geißeln, es ist unschicklich, wenn man solche Zustände bestehen läßt und vielleicht noch alles Mögliche thut, um sie zu verdecken, damit Niemand sieht, welche Schmach und welches grenzenlose Elend in unserem sogenannten Culturstaate eigentlich besteht.

Wir haben das Recht zu fordern, daß dem Princip der Menschlichkeit endlich nachgekommen werde, daß jedem Menschen, ob Mann oder Frau, was ihm gebührt; darum sehen Sie die Arbeiterklasse, die männliche und weibliche Arbeiterchaft, sie

steht im Kampfe um das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht. Aber wir wissen, daß, wenn wir Petitionen über Petitionen abgehen lassen wollten, der Papierkorb des Reichsrathes Platz genug dafür hätte; darum kommen wir nicht bittend, sondern wir wissen, daß wir als die staatserkhaltenden Elemente, das Recht zu fordern haben.“

Rednerin bespricht nun die Thätigkeit der Abgeordneten, welche mit dem Bewilligen neuer indirecter Steuern schnell fertig sind, aber es sich lange überlegen, ehe sie die Forderungen des Volkes ins Auge fassen. (Allgemeiner Beifall).

„Es wurde von dem Fräulein, welches über die Petition referirt hat, darauf hingewiesen, was Frauen in der Kunst leisten, es wurde auf die Kunstausstellung hingewiesen. Es ist leicht, die Brüsseler Spitzen schön zu finden, aber diejenigen, welche diese Spitzen erzeugen, müssen sich im Taglohn rackern. Und da sagt man, daß die Spitzen schön sind, aber von dem Blute, welches daran hängt, von dem wird nicht gesprochen. (Widerpruch, Rufe: Zur Sache!) Wir Frauen und Mädchen des Proletariats, wir haben denken gelernt, wir fühlen unsere gedrückte Stellung und deshalb sagen wir: Bei uns Proletariern gibt es keinen Unterschied in der Unterdrückung, ob Mann oder Weib. Wir Frauen haben das Recht auf Arbeit, aber wir sehen, daß uns das Recht auf Bezahlung dieser Arbeit verweigert wird. Mit einem Bettelohn werden die Frauen abgefertigt, aber wir sagen deshalb nicht: Gegen die Männer haben wir unsere Emancipation durchzuführen, sondern wir sagen: Mit den Männern müssen wir das durchführen. Die Männer des Proletariats besitzen Intelligenz genug, um zu wissen, daß die Frauen und Mädchen ihrer Classe nicht minderwerthig sind, daß es ihre Pflicht ist, darauf hinzuwirken, daß die ökonomischen und politischen Verhältnisse gebessert werden. In den Kreisen der Intelligenz findet man nicht allzuhäufig, daß die Männer mit den Bestrebungen der Frau einverstanden sind. Im Gegentheil — gebildete Männer, die studirt haben, sagen, es sei culturwidrig, wenn man weibliche Lehrer anstellt, und noch mehr culturwidrig, wenn eine Frau Oberlehrerin wird. Da sehen Sie, daß die Arbeiterin darin etwas voraus hat, uns sagt kein Mann, daß es culturwidrig ist, wenn wir bei der Maschine stehen.“

Man sagt uns wohl auch: Das sind Arbeiter und Arbeiterinnen, die haben ja nicht dieselben Bedürfnisse wie die Frauen und Mädchen, die unter besseren Verhältnissen erzogen sind. Seien Sie versichert, der Arbeiter und die Arbeiterin wissen genau alle Erzeugnisse der Cultur zu würdigen und zu schätzen, sie werden

alles, was die heutige Entwicklung darbietet, genau so genießen, wie die Frauen und Männer der besitzenden Classen.

Man muthet uns heute Unmöglichkeiten zu, wir sollen warten, uns in Geduld fassen.“ (Schlußrufe.) Die Rednerin wiederholt nun nochmals den schon früher zum Ausdruck gebrachten Gedanken, daß die Arbeiterschaft sich nicht auf dem Wege der Bitte, mittelst Petitionen, sondern nur durch Organisation und nimmer ermüdender Agitation ihre Rechte zu erkämpfen gedenkt. (Lebhafter, nicht mehr allgemeiner Beifall.)

Die Vorsitzende, Frä. Fickert: „Es haben sich Herr Dr. Bondi und Frau Turnau zum Worte gemeldet; ich möchte mir aber vorher einige Bemerkungen erlauben. Zuerst möchte ich meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß die theilweise ausgezeichneten Ausführungen Frä. Dworzak's in dieser Versammlung mit Beifall aufgenommen worden sind. Nun einige Berichtigungen. Es wurde von der Besteuerung der Prostituirten gesprochen; mir kam soeben von wohlunterrichteter Seite die Mittheilung zu, daß dies nicht der Fall sei. Es ist dies übrigens auch ganz gleichgiltig, ob sie besteuert sind oder nicht, die Theilnahme, welche wir Ihnen entgegenzubringen haben, kann dadurch nicht beeinflusst werden. Frä. Dworzak hat einen kleinen Hieb auf unsere Petition geführt, bezüglich der Stelle, wo auf die Kunstausstellung im Gewerbemuseum hingewiesen wird. In der Petition ist nicht von dem Kunstsinne der sogenannten Modedamen die Rede, welche sich mit den Kunstzeugnissen, den Spitzen zc. schmücken, sondern von dem Kunstsinne jener Frauen, welche diese Erzeugnisse schaffen. Frä. Dworzak hat uns ferner den Vorwurf gemacht, daß wir gegen die Männer unsere Bestrebungen verfolgen. Ich glaube, das ist ungerecht. Wir möchten sehr gerne mit den Männern kämpfen, nur wollen diese leider nicht. (Heiterkeit und Beifall.)

Herr Dr. Bondi hat das Wort.

Dr. Bondi: „Obwohl die letzten Reden, insbesondere die Rede des Frä. Dworzak, reichlichen Beifall fanden, sehe ich mich doch genöthigt, laut und unumwunden zu erklären, daß ich ein solches Vorgehen für total verfehlt und schädlich halte. (Theilweise Zustimmung.) Ich glaube so reden zu dürfen, den um eine Sympathie für die Arbeiterschaft und die Frauenbewegung habe ich nicht in irgend einem Winkel meines Gemüthes unsichtbar gehegt, sondern seit Jahren werththätig in- und außerhalb meines Berufes bewiesen. Nicht ein Gegner also spricht zu Ihnen, sondern ein Freund Ihrer Sache, den es mit Bedauern erfüllt, daß Sie einen falschen Weg einschlagen, der aber ehrlich und ungenirt genug ist, Ihnen dies

rund herauszufagen. Ich finde es vollkommen verständlich, daß Anhänger der Frauenbewegung, zumal aus den Kreisen der Proletarier, den wunden Punkt der Fraueneristenz, den Punkt, wo die Konsequenzen unmöglicher Zustände am furchtbarsten und scheußlichsten zu Tage treten, nicht unberührt lassen können, sondern mit aller Energie in die Erörterung ziehen müssen. Jede Brüderie hierin wäre nicht bloß lächerlich, sondern verächtlich, weil das Häßliche dadurch nicht beseitigt wird, daß man es verdeckt. Dem ungeachtet glaube ich aber, daß mit dem heute erörterten Thema des Frauenstimmrechtes die Frage der Casernirung oder Nichtcasernirung der Prostituirten absolut nichts zu thun hat (Widerspruch). Die Art und Weise aber, wie Fräulein Dworzak diese in die heutige Debatte hineingezerzte Frage behandelte, erscheint mir einfach unerhört, unerhört durch die hierin gelegene Ungerechtigkeit und Gehässigkeit. Ich habe so viel Temperament wie Sie, ich verstehe den glühenden Haß des Unterdrückten gegen den Unterdrücker. (Große Unruhe bei den anwesenden Socialdemokraten; die Vorsitzende gibt das Glockenzeichen und fordert die Ruhestörer auf, sich zu mäßigen.) Sie sagt ferner: „Unsere Versammlungen sind stets bei aller Lebhaftigkeit der Betheiligung ruhig und würdig verlaufen, ich erjuche Sie auch heute, diese Würde aufrechtzuerhalten und sowohl die Erörterungen pro als contra ruhig anzuhören.“

Dr. Bondi fährt fort: „Ich bin mit Ihnen dafür, daß man den Schurken, der nach den Leibern der Weiber und Schwestern seiner Arbeitsclaven verlangt, öffentlich brandmarkt, bloßstellt, verfolgt, aber sinnlos ist es, für die Tausende von Prostituirten die Lüsternheit einer Handvoll Fabrikanten verantwortlich zu machen, das, was unmögliche Zustände verschuldet, einer einzelnen Classe in die Schuhe zu schieben. Kämpfen Sie gegen diese Verhältnisse, seien Sie schonungslos gegen die Uebelthäter, aber seien Sie nicht ungerecht durch so maßlose Uebertreibung und glauben Sie nicht, durch so blindwüthigen Haß, als er sich in den Worten des Fr. Dworzak aussprach, Ihr hohes Ziel zu fördern. Der Haß ist nöthig, aber er zerstört nur. Fördernd und schaffend ist nur die Liebe. Wir kamen her mit warmen Herzen für Ihre Sache, die wir auch für die unsere, für die Sache der Menschheit erkennen. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam handeln. Gerade Sie, die Sie für Wissen und Aufklärung eintreten, Sie müssen es begrüßen, wenn aus den Reihen derer, die Wissen erworben haben, Bundesgenossen zu Ihnen stoßen. In der Weise aber, die heute zu Tage trat, thun Sie das nicht, sondern durch so lächerliche Uebertreibungen stoßen Sie ab, durch so maßlose Gehässigkeit — nicht gegen den Schuldigen — sondern gegen alle Nichtproletarier berauben Sie Ihre Bewegung

der besten Kräfte. Nicht uns schrecken Sie dadurch, denn wer aus unseren Reihen zu Ihnen stößt, kommt mit einer so tiefen Ueberzeugung, daß ihn nichts darin wankend macht, was Sie auch Unsinniges thun, aber sich selbst, Ihren Absichten schaden Sie, wenn Sie solche Elemente hiedurch dazu bringen, von der activen Bewegung sich ferne zu halten. Das wollte ich Ihnen sagen, damit Sie nicht selbst zerstören oder doch hemmen, was Sie fördern wollen." (Theilweiser Beifall.)

Die Vorsitzende: Frau Ottilie Turnau hat das Wort.

Frau Turnau: „Ich finde mich veranlaßt, zwei Dinge mit Freude zu constatiren. Erstens, daß die anwesenden Frauen mit Interesse und Theilnahme den Worten gelauscht haben, die in ihrer Mitte eine Arbeiterin zu Ihnen gesprochen, zweitens, daß heute das Wort „Prostitution“ hier fallen konnte, ohne Nasenrumpfen und Achselzucken zu begegnen.

Wer die Verhältnisse kennt, wer weiß, daß man es vor wenigen Jahren noch nicht hätte wagen dürfen, in einer Frauenversammlung die Prostituirten als unsere Schwestern, als in Noth und Elend und Schande gerathene Frauen, aber doch als Schwestern zu bezeichnen, der versteht nicht, welchen ungeheueren Fortschritt die heutige Versammlung bedeutet. Es ist ein Schritt nach vorwärts von nicht zu unterschätzender Tragweite. Aber, meine geehrten Anwesenden, was Sie heute mit fortgerissen hat, ist Ihr Gefühl. Das Gefühl jedoch ist keine verlässliche Basis; es ist so leicht verflüchtigt, wie es erregt wurde. Zu einer sicheren grundlegenden Ueberzeugung gehört Wissen.

Frl. Dworzak sagte vorhin: „Die bürgerlichen Frauen, die haben mehr gelernt wie wir, die wissen mehr wie wir!“ Ja, ist denn das aber auch wahr? Was lernen denn unsere bürgerlichen Frauen? Was wissen die?

Wo wäre so leicht die bürgerliche Frau zu finden, die, so wie Frl. Dworzak, diesen Sommer bei der Gewerbe-Engèle im Stande gewesen wäre, dem Minister eine sachliche, zusammenhängende, zutreffende Darstellung der Verhältnisse zu geben? —

Frl. Dworzak und so wie sie, alle unsere zielbewußten Arbeiterinnen, sind erzogen und gebildet in der schweren Schule des Lebens. Freilich wird diese Schule auch unseren bürgerlichen Frauen immer mehr zu Theil werden, je mehr sich die socialen Verhältnisse zuspitzen, aber sollten nicht gerade die Frauen, die heute noch besser situiert sind, trachten, die Zeit zu nützen, um Nüchtiges zu lernen?

Sie, die Sie heute hier im Saale den neuen Ideen zugejubelt haben, was können Sie den Männern entgegen, wenn diese Ihnen mit dem ganzen Rüstzeug ihrer überkommenen Bildung entgegenreten und Ihnen vom „ethischen“, vom „moralischen“, vom „culturbistorischen“ und noch von einer Menge anderer Standpunkte aus, beweisen, daß wir hier im Unrecht sind?

Ihr Gefühl wird verraucht sein! Die warme Empfindung des Momentes verflüchtigt!

Wenn Sie nicht trachten werden, sich „Wissen“ anzueignen, dann werden sie niemals imstande sein, Nachhaltiges zu Tage zu fördern!“ (Lebhafter Beifall).

Frau Strauß beantragt Schluß der Debatte und en bloc-Annahme der Petition. Schluß der Debatte wird angenommen.

Vorsitzende: Fr. Glaß und Fr. Dr. Eisenhitz hatten sich vorher noch zum Worte gemeldet.

Fr. Glaß: „Ich möchte mir erlauben, auf das, was Herr Dr. Bondi gesprochen hat, zurückzukommen. Ich glaube, daß er es weniger aus bösem Willen, als aus Unwissenheit gesagt hat, daß das Leitmotiv der Socialisten der Haß gegen Einzelne ist. Der Grundgedanke der socialistischen Theorie wird gewöhnlich als revolutionär bezeichnet, wir haben nicht Anstand genommen, es immer zu wiederholen. Ich glaube aber, daß keine andere Partei in der ganzen Welt durch ein solches Band der Liebe aneinander gefesselt wird, wie diese.“

Rednerin weist auf die vielfachen Opfer hin, welche die Angehörigen der socialdemokratischen Partei für ihre Ziele, für ihre der Freiheit oder der Arbeit beraubten Genossen bringen. Sie wehrt sich dagegen, daß die Socialdemokratie Haß gegen Einzelne predige, wie Dr. Bondi dem Fräulein Dworzak vorgeworfen, und findet es zu viel verlangt, wenn man von den Arbeitern will, daß sie ihre Ausbeuter auch noch lieben sollen.

Frau Dr. Eisenhitz plaidirt in formvollendeter Rede für die Eröffnung der österr. Hochschulen für das weibliche Geschlecht und wünscht diese Forderung in die Petition aufgenommen.

Die Vorsitzende erwidert, daß diesem Wunsche ohnedies in dem Schriftstück Rechnung getragen ist und bringt den Antrag auf en bloc-Annahme der Petition zur Abstimmung. Der Antrag wird mit allen gegen 7 Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

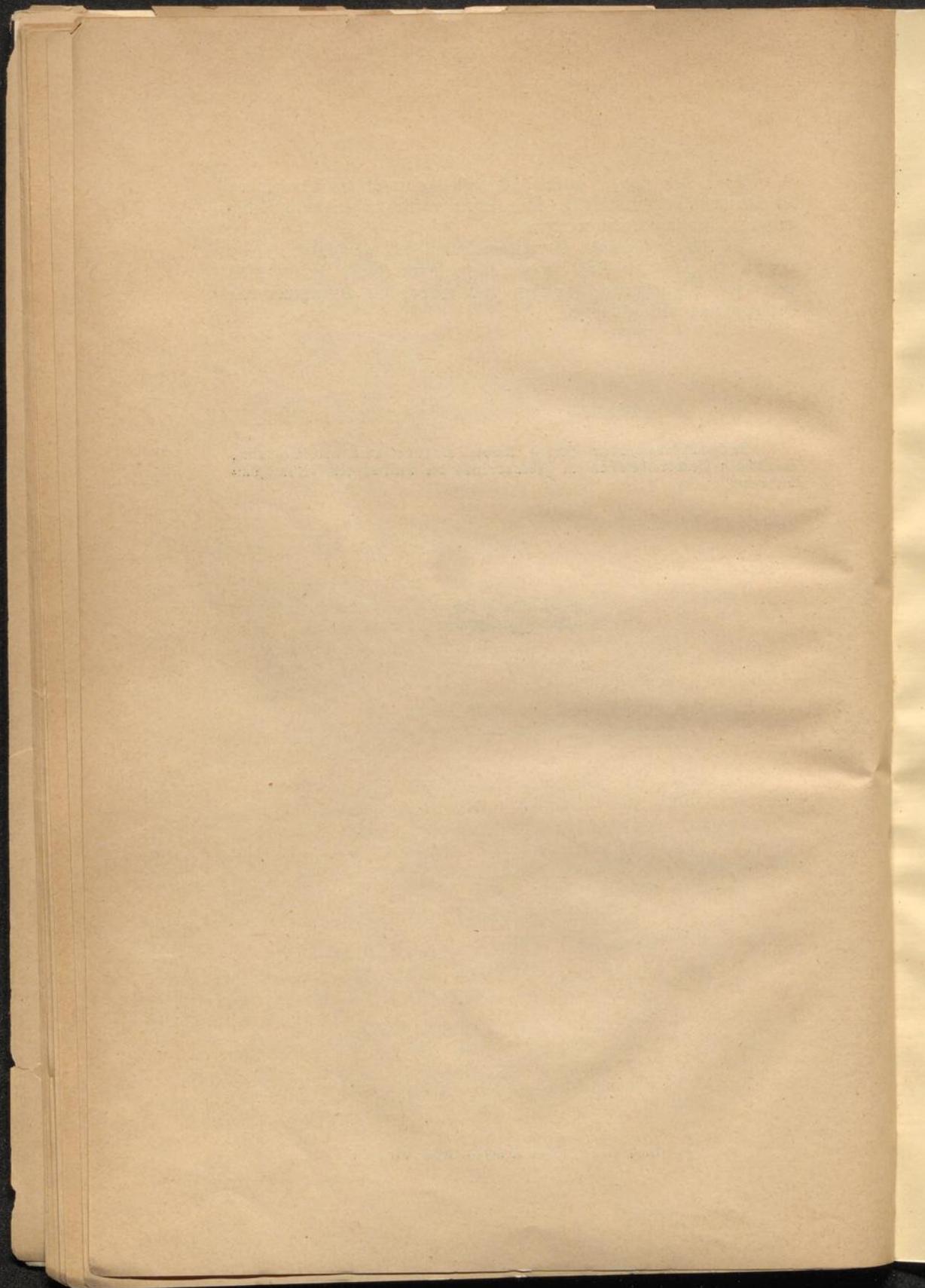
Die Vorsitzende: „Wünscht noch jemand das Wort?“

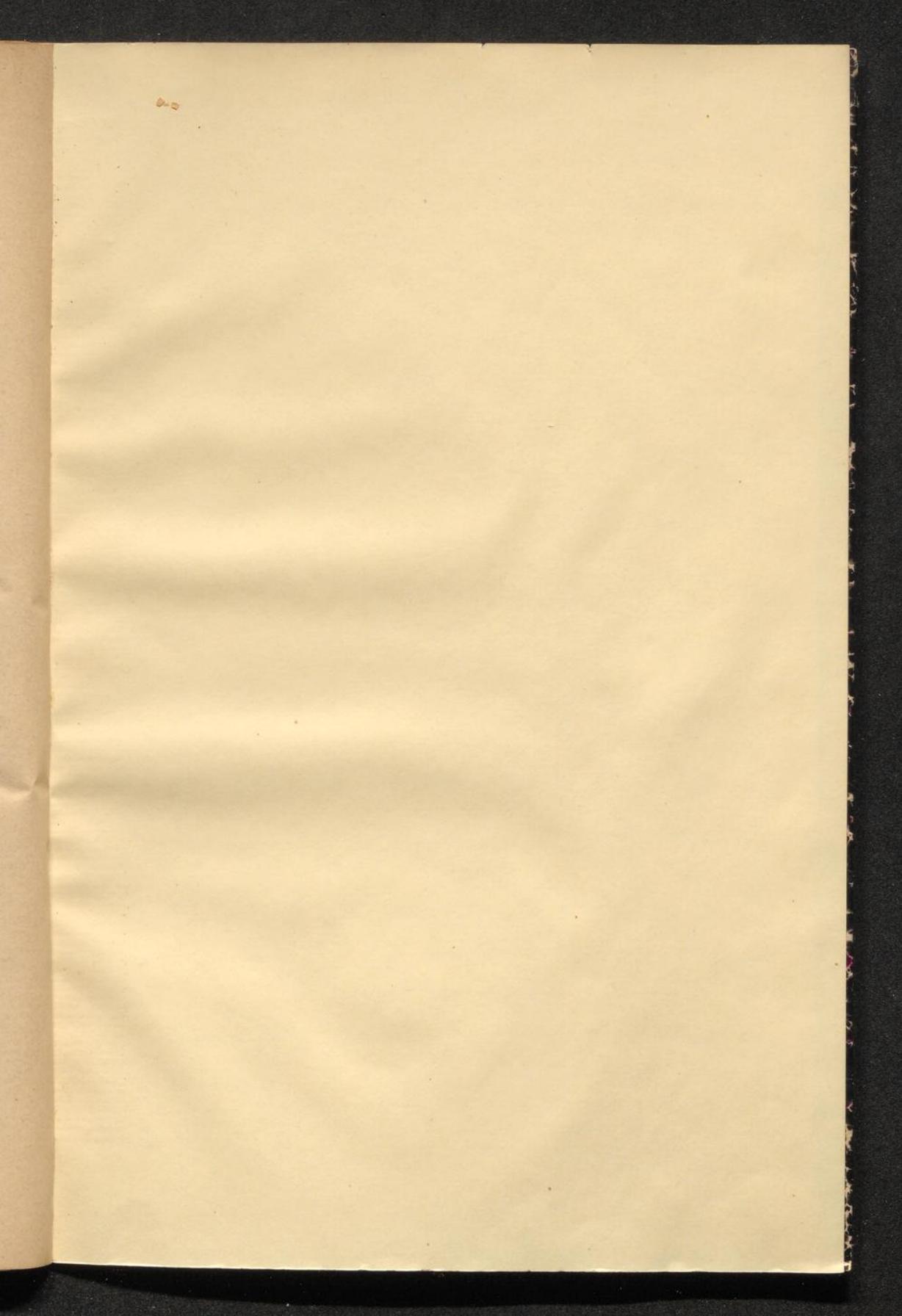
Frau Ant. Graf meldet sich und beantragt die Drucklegung des Versammlungsprotokolls. Die Kosten dafür mögen durch Subscription hereingebracht werden.

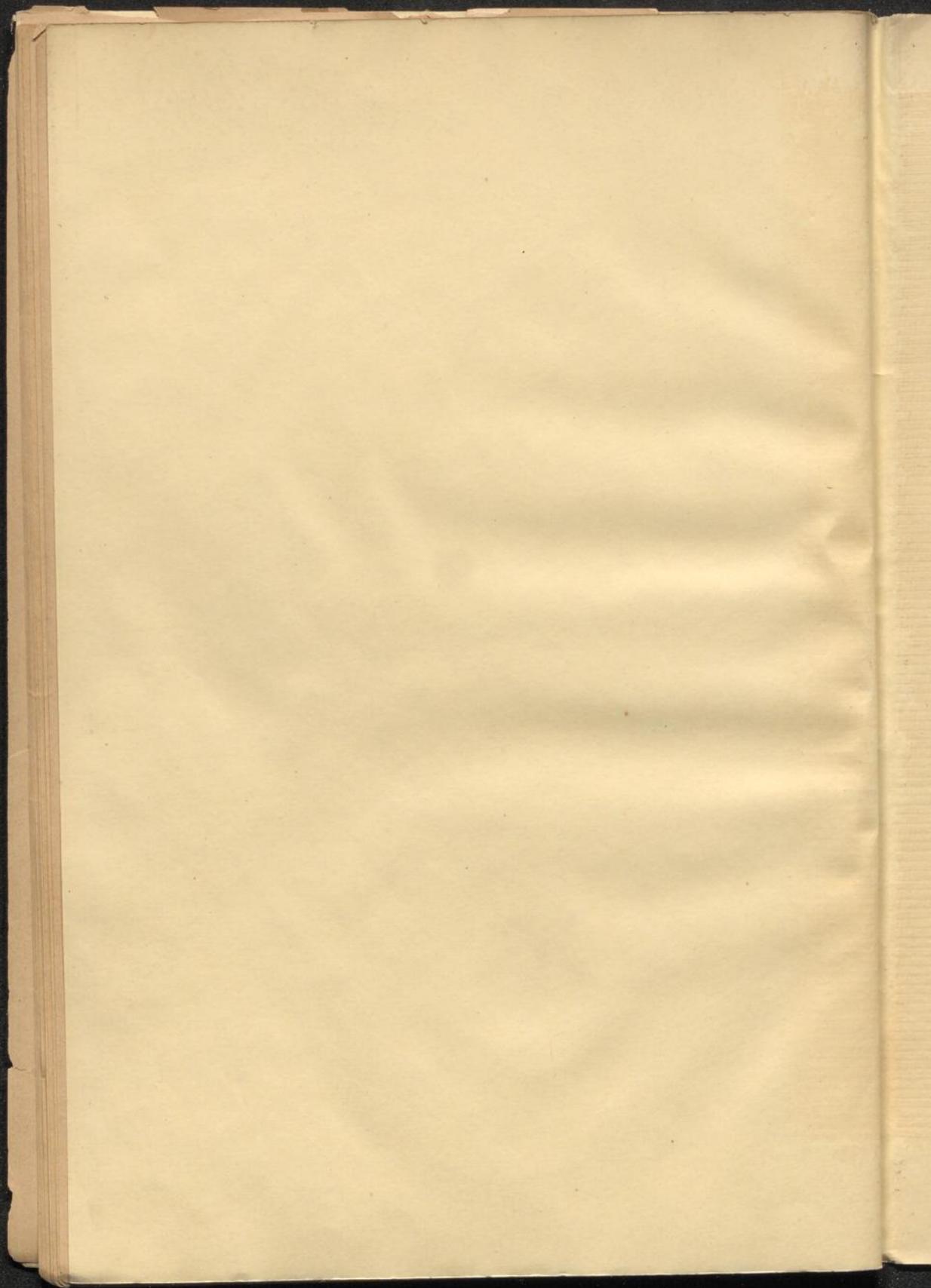
Da die anwesenden Socialdemokraten sich anschickten, sehr geräuschvoll den Saal zu verlassen, konnte dieser Antrag nicht mehr zur Abstimmung gelangen und erklärt die Vorsitzende die Versammlung für geschlossen.

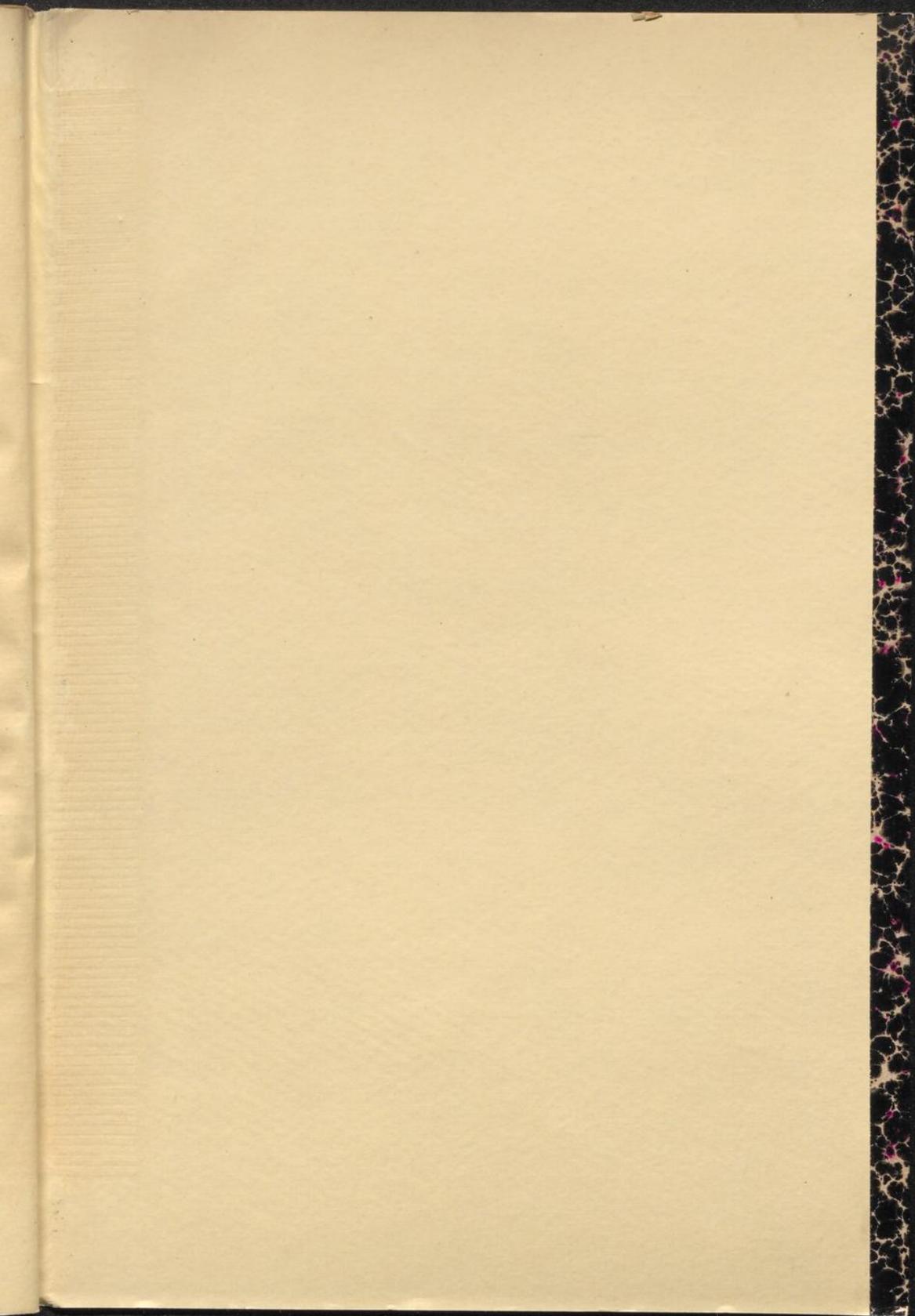
Reichsrathsabgeordneter Dr. F. Kronawetter wird nach Eröffnung der nächsten Reichsraths-session im Februar 1894 die Petition dem hohen Hause überreichen.











WIENBIBLIOTHEK



+QWB10689300